

Mayer, Otto G.

Article — Published Version

Rentenreform: welche Halbwertzeit?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Mayer, Otto G. (2001) : Rentenreform: welche Halbwertzeit?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 81, Iss. 2, pp. 68-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/40920>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Der Berg kreite und gebar zwar keine Maus, aber eine Rentenreform, über deren Halbwertzeit – ein, zwei oder mehr Jahre? – noch vor ihrem Inkrafttreten Wetten angestellt werden. Mit den Gesetzesbeschlüssen des Deutschen Bundestages vom 26. Januar beschäftigt sich nun der Bundesrat: Das Altersvermögensgesetz bedarf seiner Zustimmung, das Altersvermgensergnzungsgesetz kann der Bundestag auch gegen den Bundesrat durchsetzen. Das erstere regelt den Aufbau der zusätzlichen, privaten, kapitalgedeckten Altersvorsorge durch massive steuerliche Förderung, das zweite die für die gesetzliche Rentenversicherung vorgesehenen Reformmaßnahmen: Der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung soll danach bis zum Jahre 2020 unter 20% verharren und trotz der abzu- sehenden demographischen Entwicklung bis 2030 nicht über 22% liegen. Nach Interventionen der Gewerkschaften ist das (Standard-) Rentenniveau auf über 67% fixiert worden. Droht der Beitragssatz über die gesetzlichen Vorgaben zu steigen oder das Rentenniveau darunter zu sinken, wird die jeweilige Regierung per Gesetz aufgefordert, entsprechende Gegenmaßnahmen vorzusehen.

Noch nicht vorgesehen ist die steuerliche Freistellung der Pflichtbeiträge zur Rentenversicherung bei vollständiger Besteuerung der späteren Rentenzuflsse (nachgelagerte Besteuerung). Falls der Bundesrat es dabei beläßt, kann der Fall eintreten, daß „freiwillige“ Beiträge zur privaten Vorsorge bis in Höhe von 4% der Beitragsbemessungsgrenze das zu versteuernde Einkommen schmälern, die Pflichtbeiträge jedoch nicht, zumindest nicht in voller Höhe. Dies dürfte kaum mit dem Prinzip der steuerlichen Leistungsfähigkeit oder der Gleichbehandlung in Einklang zu bringen sein; die in diesem Jahr zu erwartende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hinsichtlich der steuerlichen Ungleichbehandlung der verschiede-



Otto G. Mayer

Rentenreform: Welche Halbwertzeit?

nen Alterseinkommen dürfte aber auch diesem Umstand abhelfen.

Wie schnell die Bundesregierung tätig werden muß, weil Beitragssatz oder Rentenniveau die politisch vorgegebenen Grenzmarken zu über- bzw. zu unterschreiten drohen, hängt natürlich entscheidend von der Validität der Annahmen der Modellrechnungen ab. Nun sind Prognosen immer mit Unsicherheit verbunden, zumal wenn sie die Zukunft betreffen (Kurt Tucholsky). Daher sollten die Annahmen auch den „Grundsätzen eines ordentlichen Kaufmanns“ (z.B. dem Niederstwertprinzip) folgen.

Bemerkenswert an der angenommenen positiven Beschäftigungsentwicklung, d.h. also an der angenommenen Entwicklung der Zahl der Beitragszahler ist jedoch, daß diese nicht durch einen Abbau der Arbeitslosigkeit, sondern vorrangig durch einen deutlichen Abbau der stillen Reserve, durch einen Anstieg des tatsächlichen Renteneintrittsalters und eine deutliche Erhöhung der Erwerbsquote der Frauen erreicht wird. Diese Faktoren erbringen die im Vergleich zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit höheren Beitragseinnahmen, die notwendig sind, um die gewünschten Beitragssatz- und Rentenniveaus zu erreichen. Nur – welche Mechanismen führen beispielsweise zu einem Abbau der stillen Reserve, zu einem höheren Ren-

teneintrittsalter und zu einer höheren Erwerbsquote der Frauen, wenn davon auszugehen ist, daß es im Jahre 2020 noch 2,4 Mill. Arbeitslose gibt?

Auch haben die Beitragssätze der Kranken- und Pflegeversicherung über die Zuschüsse der Rentenversicherung zu diesen Sparten einen Einfluß auf den Rentenbeitragsatz. Steigen die ersteren, bleibt auch der letztere bei gegebenen Leistungen nicht unberührt. Für die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) wird aber bis 2030 eine Konstanz des gegenwärtigen durchschnittlichen Beitragssatzes von 13,5% angenommen. Nicht nur, daß dieser Satz schon in diesem Jahr überschritten werden dürfte – wer sonst hat die Phantasie, sich die Reformen in der GKV vorstellen zu können, die die Annahme eines konstanten Beitragssatzes für die nächsten drei Jahrzehnte rechtfertigen könnten?

Da sowohl Beitragssatz als auch Rentenniveau fixiert sind, gibt es kaum einen Spielraum für automatische Anpassungen. Abgesehen von statistischen „Spielereien“ durch Änderungen der Berechnungsgrundlagen – wie schon in jüngster Vergangenheit zu beobachten – verbleibt damit nur die voraussichtliche Anhebung des Renteneintrittsalters als „Handlungsalternative“ und die Frage, wann dies geschehen wird. Das Ziel einer Senkung der Lohnnebenkosten wird zudem zwar kurzfristig, aber nicht langfristig erreicht.

Verbleibt als wichtiger Reformschritt der Einstieg in die freiwillige massiv vom Staat unterstützte private Vorsorge bzw. die Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung. Ob alle in dem Altersvorsorgevertrgezertifizierungsgesetz genannten zwölf Anforderungen an ein zu förderndes Vorsorgeprodukt notwendig sind, dürfte bezweifelt werden. Gegenwärtig gibt es kaum ein Produkt, daß diesen Anforderungen genügt. Auf jeden Fall sind sie ein Beschäftigungsprogramm für die Beratungsindustrie. Es bleibt abzuwarten, was der Bundesrat daraus macht.